

Basta!

Nr. 3 / September 2011

Basels starke Alternative



Multiplizieren an:
Postfach 225, 4005 Basel

AZB
4005 Basel

Wer Gewalt sät, wird Gewalt ernten

Rechtspopulismus

Das Attentat in Norwegen hat die Welt erschüttert. Rechtspopulistische Parteien distanzieren sich umgehend vom Täter und lehnen jede politische Mitverantwortung ab. Das ist nicht nur ein Skandal, sondern auch gefährlich, meint Brigitta Gerber, die im folgenden Artikel die Hintergründe des Rechtsextremismus auch mit Bezug auf die Schweiz ausleuchtet.

In „unserer“ Basler Zeitung - bei der wir ja immer noch nur erahnen, wem sie denn inzwischen gehört -, schreibt Eugen Sorg (ehem. Weltwocheredaktor) am 2. August, eine Woche nach dem blutigen Attentat auf Jugendliche in Norwegen, über „die Lust am Bösen“. Er meint damit offensichtlich die Kaltblütigkeit, mit der der Mörder seine Exekutionen durchführte, und bezeichnet den ideologischen Hintergrund, den Hass auf Muslime und die politische Linke, als „krude“, denn das Böse begleite die „Humangeschichte“ schon immer und komme „in unzähligen alten Geschichten vor“. Als Beweis werden noch ein paar jüngere Kriegsgräuel aufgezählt. „Das Böse“ sei halt „nicht heilbar, nicht umerziehbar, nicht wegfinanzierbar – auch wenn dies der *Therapeutismus der Moderne* [Hervorhe-

bung Autorin] gerne glauben machen will!“ Wie der Titel schon erahnen lässt, meint Sorg, „das Böse“ sei halt eben zu akzeptieren. Dann allerdings wird noch an jugendliche Gewalttäter erinnert, die wehrlose Opfer in U-Bahnen zu Tode treten, mit der Bemerkung: „Ein Grossteil der Delinquenten stammt aus Unterschichts- und Immigrantenfamilien – aus der Türkei, aus arabischen Ländern, aus dem Balkan“. Ah, wussten wir's doch! In Norwegen war ein irrationaler, naturtriebgesteuerter Killer am Werk gewesen, dessen Motivation ganz sicher nichts mit der allgegenwärtigen Hetze rechter und rechtspopulistischer Kreise zu tun hat. So viel Häme haben wir schon lange nicht mehr gelesen. Aber die Bluttat passt sehr gut zu den Ideologien rechtspopulistischer Kreise und ihrer rechtsextremen

Entourage. Denn die Zugehörigkeit des Täters zum rechtsextremen Umfeld ist nicht weg zu reden. Es war eine gezielte politische, wenn auch individuelle Tat, die Wahl der Opfer und die Eigenverlautbarungen des Täters lassen daran keinen Zweifel offen. Im Visier standen die moderne Zuwanderungsgesellschaft und jene Personen, die im Zusammenleben mit Muslimen etwas Normales sehen.

Verschiedene wissenschaftliche Untersuchungen verweisen schon länger auf die Gefährlichkeit der europäischen Rechtsextremismus-Szene. Die Schweiz hat, aufgeschreckt durch die Geschehnisse auf dem Rütli im Jahre 2002, ebenfalls ein grosses Nationalfondsprogramm lanciert, um die Thematik breit untersuchen zu lassen. So sind neuere Forschungsergebnisse gut greifbar. Obwohl von den skandinavischen Ländern Schweden die grösste und bisher virulenteste rechtsextreme Szene hat, werden auch in Norwegen beunruhigende Entwicklungen bereits seit längerer Zeit beobachtet. Dies ist für die Schweiz deshalb besonders interessant, weil die Schweiz wie Norwegen eine äusserst niedrige Kriminalitätsrate und wenig Jugendarbeitslosigkeit hat. Soziale Probleme, die bisher als besonders relevant für die Anfälligkeit für rechtsextreme Ideologien und das Mitmachen in rechtsextremen Gruppierungen erschienen, sind hierzulande nicht die hauptsächlichen Gründe für Rechtsextremismus.

Studien haben festgestellt, dass die Opposition gegen eine „multikulturelle Gesellschaft“ in ländlichen Gebieten am stärk-

Fortsetzung Seite 3

Frauenpower

Wahlen

Wie schon vor vier Jahren treten BastA! und Grüne unter dem Namen „Grünes Bündnis“ gemeinsam zu den Nationalratswahlen an. Mit Sibel Arslan und Brigitta Gerber kandidieren zwei starke Frauen für BastA! Ratskollegin und Fraktionspräsidentin Patrizia Bernasconi portraitiert im Folgenden die beiden Kandidatinnen.



Seit 10 Jahren sitzen Brigitta und ich zusammen im Grossen Rat. Seit ich sie kenne, und das ist seit mehr als 20 Jahren, erlebe ich sie als eine äusserst engagierte und pointiert argumentierende Frau. Ihre politischen Schwerpunkte sind Migration, gesamtgesellschaftliche Integration, demokratische Prozesse, Genderfragen, Chancengleichheit, soziale oder ethnische Diskriminierung und Stadtentwicklung. Unter den vielen Vorstössen, die sie eingereicht hat, bleiben für mich diejenigen zur geschlechterdifferenzierten Budgetanalyse und für eine Frauenquote in Aufsichtsgremien von öffentlichen oder halböffentlichen Betrieben in bester Erinnerung. Als das Integrationsgesetz im Basler Parlament behandelt wurde, war Brigitta Präsidentin des Grossen Rates. Ich bin mir sicher: Sie hat bedauert, dass sie wegen ihres Amtes zu diesem Geschäft im Rat nicht reden durfte. Im Hintergrund hat sie sich allerdings vehement dafür eingesetzt, dass die Erteilung oder Verlängerung einer Auf-

enthaltbewilligung nicht an einen „erfolgreichen“ Kursabschluss gekoppelt wird. Ihr Jahr als Grossratspräsidentin hat sie souverän und mit Bravour gemeistert. Sie war danach aber froh, dass sie sich im Parlament wieder aktiv einmischen konnte. Brigitta war nicht nur Mitglied der Justiz-, Sport- und Sicherheitskommission, sondern auch in Spezialkommissionen tätig, die sich im weitesten Sinn mit Fragen der demokratischen Partizipation beschäftigt haben. Heute ist sie Präsidentin der Petitionskommission.

Als Historikerin und Ethnologin kann sie sich in ihrer politischen Tätigkeit auf einen breiten Wissensfundus stützen. Ihr geht es darum, wissenschaftliche Erkenntnisse in der Praxis umzusetzen. Neben lokalpolitischen Anliegen wie dem Ausbau des Velowegnetzes (Brigitta ist Vorstandsmitglied der ProVelo Basel) beschäftigt sie vor allem auch nationale und internationale Themenbereiche. Sie ist für BastA! im Vorstand der Grünen Schweiz und ist aktiv in deren Arbeitsgruppe „Equité“, die Positionen zu Fragen der Migration und Integration erarbeitet. Ausserdem ist sie Präsidentin von terre des hommes schweiz: Ein Hilfswerk, das Alternativen für junge Menschen, insbesondere für Mädchen und junge Frauen fördert, der Überzeugung ist, Entwicklung müsse von unten kommen, Autonomie und Gewaltlosigkeit ins Zentrum stellt.

Brigitta will mit ihrer politischen Arbeit verändernd auf die Gesellschaft einwirken. Ihre Positionen sind stets unmissverständlich und klar. Faule Kompromisse sind ihr ein Gräuel. Sie bringt alle Voraussetzungen mit, die es braucht, um auch als Nationalrätin gute Arbeit zu leisten.

Patrizia Bernasconi



Als eine unserer Jungpolitikerinnen wurde Sibel 2005 in den Grossen Rat gewählt. Sie ist heute 31 Jahre jung, hat bereits einen Nationalratswahlkampf hinter sich und erzielte damals ein überraschend gutes Resultat. Die angehende Juristin ist beim Verein Second@s Plus Basel sehr engagiert und auch im schweizerischen Vorstand des Vereins aktiv. Ihr Anliegen ist es in erster Linie aufzuzeigen, welch grosses Potenzial Secondas mit sich bringen und was die erste Generation von MigrantInnen in der Schweiz geleistet hat. Dabei kann Sibel auf ihre eigene Erfahrung als Migrantin zurückgreifen. Wichtig für sie ist der Themenbereich Bildungspolitik und Chancengleichheit. So hat sie im Grossen Rat eine Motion zur Einführung von Bildungsbeiträgen zur Förderung von Personen ohne Schul- und Berufsbildung und einen Vorstoss zur Lehrstellenförderung eingereicht. Als Mitglied der Justiz-, Sport- und Sicherheitskommission behandelt Sibel Geschäfte wie die Initiative für eine faire Einbürgerung (Sprachinitiative). Diese fordert als Voraussetzung für eine Einbürgerung den Nachweis von Deutschkenntnissen in Wort und Schrift auf dem hohen Referenzniveau B2 – eine Hürde, die auch viele Einheimische nicht meistern würden. Sibel hat sich vehement dafür eingesetzt, dass das Referenzniveau gesenkt wird. Die Jungpolitikerin ist aber nicht nur im Bereich Migration und Integration tätig. Auch sozialpolitische Themen liegen ihr am Herzen. So verlangt sie mit einem Vorstoss, dass der Grundbedarf bei der Sozialhilfe an die höheren Ansätze im Kanton Basel-Landschaft angepasst wird.

Neben der parlamentarischen Arbeit zeichnet Sibel ihr Engagement an der Basis aus. So fördert sie etwa junge Frauen mit Migrationshintergrund, wirkt als Co-Präsidentin des Vereins Städtepartnerschaft Basel-Van und setzt sich für die Jugendkultur und kulturelle Freiräume ein.

Sibel weiss, was sie will. Mit ihrer unbeschwerten Art, für ihre Anliegen einzustehen, würde sie in Bern für frischen Wind sorgen.

Patrizia Bernasconi

Zum weiterlesen empfohlen:

Sandro Cattacin/ Brigitta Gerber et al. (2007). Monitoring Misanthropy and Right-wing Extremist Attitudes in Switzerland. An Explorative Study. Genf.

D'Amato/ Brigitta Gerber (2002). Rechtsextremismus und Ausstiegshilfen – Möglichkeiten und Potentiale für die Schweiz. Neuenburg, FSM.

Miryam Eser/ Brigitta Gerber et al. (2006). The Special Case of Switzerland: Research Findings and thoughts from a Context- Oriented Perspective. In: Prevention of Right-Wing extremism, Xenophobia and Racism in European Perspective/ Peter Rieker et al. (eds.)

Damir Skenderovic und Gianni D'Amato (2008). Mit dem Fremden politisieren: Rechtspopulismus und Migrationspolitik in der Schweiz seit den 1960er Jahren. Chronos, Zürich.

Damir Skenderovic (2009). The Radical Right in Switzerland. Continuity & Change 1945-2000. Berghahn Books, New York.

Es braucht den Willen zur Veränderung

Wahlen

Die Redaktion des Bulletins hat der bisherigen Nationalrätin des Grünen Bündnisses, Anita Lachenmeier, die Frage gestellt: „Welche drei Bücher würdest du der kommenden Generation empfehlen, um die Gesellschaft besser zu verstehen oder sich besser im Leben zurecht zu finden? Und warum gerade diese Bücher?“ Hier ihre Antwort.

Vor rund 25 Jahren öffnete mir das Buch *Warum sie so arm sind* von Rudolf H. Strahm die Augen. Leider hat dieses „Arbeitsbuch zur Entwicklung der Unterentwicklung in der Dritten Welt“ nichts an Aktualität verloren. Anschaulich wird mit Bild und Worten erklärt, warum die Verschuldung und der Hunger selbst in fruchtbaren Entwicklungsländern zunimmt, wie die Industrieländer von armen Ländern profitieren und wie unsere westliche Lebensweise Menschen und Umwelt ausbeutet.

Auch Faktor Vier *„Doppelter Wohlstand – halbiertes Naturverbrauch“*, von Ernst Ulrich von Weizsäcker ist älteren Datums. Er erklärt, wie mit mehr Effizienz die Naturgüter besser genutzt und der Wohlstand

gerechter verteilt werden kann. Die Verschwendung bei der Produktion wie auch unnötige Transporte werden hinterfragt.

Gross ist die Auswahl der neueren Umwelt- und Gesellschaftsbücher. Immer mehr Autoren hinterfragen unseren Energieverbrauch und unser Konsumverhalten. Sie weisen auf den Klimawandel und die negativen Auswirkungen hin, wenn wir unsere Lebensweise nicht ändern. So auch Marcel Hänggi in seinem Buch *Ausgewert* „Das Ende des Ölzeitalters als Chance“. Er plädiert für eine gerechtere Gesellschaft mit einer gerechteren Machtverteilung, weniger Konsum und dafür mehr Zeit für sich und die andern.

Analysen, warum wir noch weit von einer gerechten Gesellschaft entfernt sind und



Anita Lachenmeier-Thüring (52), 3 erwachsene Kinder. Neben dem Nationalrat arbeite ich noch mit einem kleinen Pensum als Lehrerin, bin ehrenamtlich Co-Präsidentin des VCS beider Basel und Vorstandsmitglied NWA Nordwestschweiz. In meiner Freizeit fahre ich gerne Velo, singe in einem Chor, liebe das Rheinschwimmen und geniesse meine kleine Enkeltochter. Mehr Info unter: www.anitalachenmeier.ch

warum die Schere zwischen Arm und Reich trotz unserem breiten Wissen noch immer auseinandergeht, warum immer noch 1 Milliarde Menschen an Hunger leiden müssen, gibt es zahlreiche. Es braucht eben nicht nur eine Auslegeordnung, sondern auch den politischen Willen, etwas am Ungleichgewicht ändern zu wollen.

Anita Lachenmeier, Nationalrätin

Rechtspopulismus (Fortsetzung)

ten ist. Gerade da, wo prozentual am wenigsten MigrantInnen leben, ist die Verunsicherung offensichtlich am grössten. Miryam Eser Davolio erklärt dieses Phänomen damit, dass die Menschen in ländlichen Gebieten wohl weniger gewohnt seien mit Menschen mit „anderen“/breiteren kulturellen Hintergründen zusammen zu leben, und sich daher oftmals bedroht fühlen. Sie seien der Meinung, dass „Multikulturalismus“ zum Zerfall und zum Verlust der eigenen kulturellen Werte führe. Solche Argumentationsmuster sind besonders im Kontext mit der islamischen Religion in den Medien auch täglich anzutreffen.

Erklärungsansätze für Rechtsextremismus wie Konkurrenz (Arbeit, Wohnraum) und Benachteiligung (Deprivation) konnten bisher wissenschaftlich nicht bestätigt werden. Die Angst vor dem Verlust von Privilegien – nicht unbedingt nur der eigenen, sondern auch derjenigen von Co-Staatsangehörigen – war jedoch signifikant. Die gute ökonomische Situation Norwegens zeigt hingegen, dass keine Verbindung von rassistischer Gewalt und finanzieller Krise besteht. Ähnlich wie die Schweiz hat Norwegen aber eine starke rechtspopulistische Partei, die *Norwegian Progress Party*. Sie

ist die zweitgrösste Partei Norwegens. Wie in der Schweiz betont sie stark das Primat der in-group und macht Profit mit den Ängsten der Bevölkerung vor Immigration.

Natürlich hat der norwegische Täter eine psychopatische Persönlichkeit, aber – so auch die Ansicht der Erlanger Wissenschaftlerin Sabine Schiffer, die sich seit langem mit anti-islamischen Medien be-



schäftigt –, die verbale Gewalt in einschlägigen Foren und Medien bereitet den Boden für tatsächliche Gewalttaten vor (Süddeutsche Zeitung vom 26.7.2011). Es gibt gute Gründe, bezüglich der direkten Mitverantwortung von rechten Parteien an der Bluttat zurückhaltend zu sein, und trotzdem die Hetzkampagnen der SVP, die mit dem «Messerstecherinserat» in den Neunzigerjahren ihren unrühmlichen Anfang nahmen, anzuprangern. Die Einsicht, dass es eine indirekte Mitverantwortung gibt, ist in Norwegen inzwischen weit verbreitet. Nach den Gewalttaten haben sich viele Menschen dafür ausgesprochen, sich für eine tolerante Gesellschaft zu engagieren. Nur so könne Rechtsextremismus bekämpft werden. Denn nach wie vor besteht eine grosse Gefahr, durch Polemisierung und Emotionalisierung der Immigrationspolitik, wie sie von rechtspopulistischen Parteien betrieben wird, Mörder wie Breivik in ihrem Wahn zu bestärken. Sich nach dem Attentat vom Täter und dessen Ideologien schnellst möglich verbal zu distanzieren, wie dies die Basler Zeitung mit dem Artikel von Sorg getan hat, und damit die Tat zu verharmlosen und die politische Mitverantwortung zu leugnen, ist nicht nur ein Skandal, sondern auch gefährlich.

Brigitta Gerber

Vorstosspaket zum Frauenstreiktag

Fraktion

Gerne denken wir an den diesjährigen 14. Juni, den nationalen Frauenstreiktag zurück: Es traten kämpferische Rednerinnen auf, spannende Diskussionen wurden geboten, es gab eine Schneckendemo zu Betrieben, die in der Gleichstellung nicht vorwärts machen, Konzerte, ein Trillerpfeifenkonzert und feines Essen - von Männern gekocht und serviert.



An diesem Tag präsentierten auch GrossrätInnen der BastA! und der SP ein Vorstosspaket, mit dem verschiedene Forderungen des 14. Juni aufgenommen wurden.

Mit insgesamt neun Vorstössen, (zwei schriftlichen Anfragen, einer Interpellation, drei Anzügen, zwei Motionen und einem Antrag auf Einreichung einer Standesinitiative) soll die Regierung dazu gebracht werden, in den nächsten Monaten und Jahren Verbesserungen zur Gleichstellung von Frau und Mann in verschiedenen Bereichen vorzunehmen.

So machte zum Beispiel Brigitta Gerber mit einer schriftlichen Anfrage auf den Platzmangel in den Frauenhäusern aufmerksam. Offenbar hat sich auch im Basler Frauenhaus die Zahl der abgewiesenen Frauen seit 2008 verdreifacht.

Mit einem Anzug bittet ebenfalls Brigitta Gerber die Regierung zu prüfen und zu berichten, wie sie das Problem des Mangels an Vollzugsplätzen für stationäre psychiatrische Massnahmen von verurteilten Delinquenten konkret lösen und damit die Gefahr für Frauen minimieren will. Wenn

solche Plätze fehlen, werden Menschen, die aufgrund einer psychischen Störung ein Delikt begangen haben, in gewöhnlichen Gefängnissen ohne adäquate Behandlung untergebracht und nach Verbüßung der Strafe wieder entlassen. Die Gefahr, die von unbehandelten psychisch kranken Straftätern ausgeht, betrifft in hohem Masse Frauen.

Die Schreibende reichte im Rahmen dieses Vorstosspakets eine Motion zur Änderung des kantonalen Lohngesetzes ein. Ausgehend von der Mindestlohnkampagne des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes wird die Forderung aufgestellt, dass beim Kanton Basel-Stadt kein Lohn unter 4'000 Franken brutto mehr bezahlt wird. Das Chancengleichheitsreporting Basel-Stadt 2009-2010 zeigt auf, dass in den untersten Lohnklassen des Kantons überdurchschnittlich viele Frauen beschäftigt sind (Lohnklasse 1: 93,18% Frauen, Lohnklasse 2: 77,39% Frauen).

Die Vorstösse der SP-GrossrätInnen betreffen die Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf bei den Mitarbeiterinnen in den Gesundheitsberufen (von Beatrix Greuter) und für Mütter und Väter (von Dominique König), Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt (von Ursula Metzger),

Mindestlohn für ausgelagerte Betriebe

Ausgelöst durch die Berichte der Gewerkschaften (vpod und Unia) über die prekären Löhne in der BVB-Wagenreinigung wurde im letzten Dezember eine Motion betreffend Einführung von Mindeststundenlöhnen für ausgelagerte Betriebe eingereicht und an die Regierung überwiesen.

Der Regierungsrat lehnte in seiner Stellungnahme die Forderung ab und behauptete, dass die Einhaltung der Gesamtarbeitsverträge genügen würde. Schon vor der Schlussabstimmung drohten bürgerliche Exponenten mit dem Referendum und mobilisierten nach Kräften gegen diese Motion. Das Ergebnis war denkbar knapp und deshalb umso enttäuschender. Die Motion wurde mit 42 zu 42 Stimmen und dem Stichentscheid des Präsidenten für erledigt erklärt.

Damit hat es der Kanton BS verpasst, eine Vorreiterrolle bei der Festsetzung von Minimallöhnen zu übernehmen, und das betroffene Reinigungspersonal muss wahrscheinlich auf seine Lohnaufbesserung warten, bis die nationale Initiative des Gewerkschaftsbundes zur Abstimmung kommt.

vom Ehemann unabhängiges Aufenthaltsrecht für von Gewalt betroffene Migrantinnen (von Maria Berger), Einführung von Ergänzungsleistungen für Working Poor (von Sibylle Benz). Ausserdem wurden kritische Fragen gestellt zur Weigerung der Allgemeinen Plakatgesellschaft (APG), die Plakate der JUSO zum 14. Juni auszuhängen (von Stefan Lüthi).

Das Vorstosspaket wird im Herbst im Grossen Rat behandelt, auf die Debatte und die Antworten der Regierung dürfen wir gespannt sein.

Heidi Mück

Weltoffen und solidarisch

Die Kluft zwischen Arm und Reich wächst weltweit, nicht zuletzt auch in der Schweiz. Ich bin empört, dass hierzulande rund 250'000 Personen trotz Arbeit zu wenig verdienen, um ihren Lebensunterhalt zu bestreiten, während in den Chefetagen der Grosskonzerne Boni verteilt werden. Die Tatsache, dass auf unserer Erde täglich Menschen verhungern oder an Krankheiten sterben, die heilbar sind, macht mich wütend. Dabei mangelt es weder an Lebensmitteln noch an Medikamenten. Aber

der Reichtum ist ungerecht verteilt, und viele Medikamente sind für die Menschen in den Ländern des Südens unerschwinglich. Die fetten Gewinne der Pharmaindustrie gehen auf Kosten der Ärmsten.

Es gibt aber auch Zeichen der Hoffnung. Insbesondere die Jugend ist vielerorts nicht mehr bereit, Ungerechtigkeit und Despotismus widerstandslos hinzunehmen. Sie will ihre Zukunft mitgestalten. Die Volksaufstände im Nahen Osten

und im Maghreb haben dies deutlich vor Augen geführt. Und wie reagiert die offizielle Schweiz? Statt die Demokratiebewegungen solidarisch zu unterstützen, erstarrt sie in einer Abwehrhaltung gegenüber einer angeblich drohenden Flüchtlingswelle. Dabei sind es die armen Länder des Südens, welche die Hauptlast des weltweiten Flüchtlingselends zu tragen haben.

Ich setze mich ein für eine weltoffene und solidarische Schweiz. Die Entwicklungszusammenarbeit ist auszubauen. Niemand muss arm sein, weder hier in der Schweiz noch anderswo.

Sibel Arslan



Dabaad ist das grösste Flüchtlingslager der Welt. Es liegt in Kenia, nicht weit von der somalischen Grenze. Dabaad ist ein Komplex von drei Lagern. Sie sind vor circa 20 Jahren ent-

standen, um bis zu 90'000 Menschen aufzunehmen, die vor Gewalt und Bürgerkrieg in Somalia auf der Flucht waren. 2009 lebten in Dabaad 250'000 Flüchtlinge. Heute ist die Hungersnot ein Grund mehr, um aus Somalia zu fliehen. Seit Monaten sind Zehntausende von Menschen nach Dabaad unterwegs, mehrheitlich Frauen und Kinder. Nach Nairobi und Mombasa ist nun Dabaad zur drittgrössten „Stadt“ Kenias geworden und beherbergt 440'000 Flüchtlinge. Täglich kommen um die 1000 Menschen an, die allerdings Wochen warten müssen, bevor sie sich im Lager registrieren können und Nahrungsmittelhilfe bekommen, wenn sie nicht vorher vor Erschöpfung und Hunger sterben. Im Durchschnitt dauert es zwölf Tage, bis sie überhaupt eine erste Essensration erhalten. Draussen vor dem Flüchtlingscamp mangelt es an allem: An Wasser, Lebensmitteln und ärztlicher Versorgung. Eine humanitäre Katastrophe von unvorstellbarem Ausmass.

Das militärische Eingreifen der Nato in Libyen hat in allen Tageszeitungen für Schlagzeilen gesorgt. Noch bevor die Situation in Bezug auf die Zukunft Libyens klar ist, konkurrenzieren die ersten Firmen und Länder um die grössten Ölvorräte Afrikas. Libyen besitzt ausserdem in der Wüste eine der weltweit grössten Reserven an fossilem Wasser. Multinationale Konzerne wie Nestlé haben bereits seit Jahren ihr Interesse an der Förderung dieses Grundwassers bekundet. Für Europa hat Libyen jedoch eine weitere besondere Bedeutung: Der Wüstenstaat hält uns die Flüchtlinge vom Leib. Nicht zuletzt deshalb hat Europa Gaddhafi lange Zeit hofiert und militärisch aufgerüstet. Die EU-Kommission hat lange mit Libyen über ein Rücknahmeabkommen (das sogenannte „italienische Modell“) verhandelt. Es ist zu befürchten, dass auch nach dem Sturz Gaddhafis von den neuen Machthabern erwartet wird, Europa gegen Flüchtlinge aus Afrika abzuschirmen.

2010 waren weltweit rund 44 Millionen Menschen auf der Flucht. Davon waren 14,4 Millionen Flüchtlinge im engeren Sinn, die ihr Heimatland verlassen haben. Heute dürften diese Zahlen aufgrund der Umwälzungen im arabischen Raum und der grossen Hungersnot am Horn von Afrika noch deutlich höher ausfallen. Vier von fünf Flüchtlingen leben in Entwicklungsländern. Von den 900'000 Menschen, die während der kriegerischen Auseinander-

Basler in der Türkei angeklagt

Prozessbeobachtung

In der Türkei stehen Tausende von Vertretern kurdischer und linker Organisationen sowie Journalisten unter teilweise höchst fadenscheinigen Anklagen vor Gericht. Einer von ihnen ist der Basler Salih Mahir Sayin. Eine Delegation aus Basel – darunter etliche Basta-Mitglieder – hat den Prozess in Istanbul gegen ihn und seine Mitangeklagten beobachtet.

An den Prozesstagen vom 11. und 12. August 2011 befand sich Salih Mahir Sayin nicht im viel zu kleinen Gerichtssaal in Istanbul, in den sich nebst den Angeklagten, den Polizisten, den Anwälten und den Richtern etliche Delegationen sowie Verwandte, Bekannte und Geheimdienstleute drängten. Aber der Basler, der seit 1985 in der Schweiz lebt, ist einer der 57 Angeklagten. Was liegt gegen ihn vor? „Eine komische Geschichte,“ erzählt der 61-Jährige in einem Kleinbasler Café, „ich bin Berater der Sozialistischen Partei (SP) in der Türkei. Der Sonderstaatsanwalt bezichtigt sie und andere legale linke Parteien der Komplizenschaft mit der ‚Organisation revolutionäres Hauptquartier (ORH)‘. Es gibt eine bewaffnete Organisation mit diesem Namen, aber die genannten Parteien haben nichts mit ihr zu tun.“ Sayin wurde zum Verhängnis, dass er einem Freund am Telefon im Scherz gesagt hatte: „Komm her, hier ist das revolutionäre Hauptquartier.“ Die türkischen Behörden hatten das Telefongespräch abgehört und die Aussage für die Anklage verwendet.

Vor Gericht beanstandeten die Anwälte der Angeklagten die Abhörpraxis der Behörden, die im grossen Stil, aber oft ohne Gerichtsbeschluss und somit illegal durchgeführt worden sei. Die Protokolle könnten deshalb nicht als Beweismittel verwendet werden.

setzungen aus Libyen geflohen sind, sind nur 2% nach Europa gekommen. Die meisten strandeten in Tunesien. Es gilt also nach wie vor: Die armen Länder des Südens tragen die Hauptlast des weltweiten Flüchtlingselends.

Und wie reagiert die Schweiz? Eines der reichsten Länder der Welt gibt sich äusserst knauserig, wenn es um Entwicklungszusammenarbeit oder Bekämpfung des Hungers geht. Statt dessen schüren die

Strafrecht für politische Zwecke missbraucht

Für den Zürcher Anwalt Marcel Bosonet, der den Prozess im Auftrag der Demokratischen Juristen Schweiz beobachtet, missbraucht die Türkei das Strafrecht für politische Zwecke. „Mit teilweise illegal beschafften und konstruierten Beweisen wird versucht, politisch legal tätige Personen zu kriminalisieren und legale Bewegungen zu schwächen.“

Der Abgeordnete Ertugrul Kürkcü aus Mersin und der bekannte Anwalt Ercan Kanar teilen diese Meinung. „Es ging darum, legale linke Parteien kurz vor den Parlamentswahlen im Juni 2011 zu diskreditieren“, sagen sie übereinstimmend. Angeklagt in diesem Prozess, der im April 2011 begann, sind zahlreiche Kaderleute jener linken Organisationen, die mit den kurdischen Bewegungen zusammenarbeiten und damit politisch an Bedeutung gewinnen, wie die Wahlen im Juni 2011 zeigten. Zu diesen linken Parteien gehört auch die SP, die Sayin berät.

Am Ende des zweiten Prozesstages um zwei Uhr nachts entliessen die Richter acht Häftlinge aus dem Gefängnis. Der Prozess wird im November 2011 weitergeführt. Solange Sayin in der Schweiz weilt, kann er nicht belangt werden. Sollte er das Land aber verlassen, läuft er Gefahr, an die Türkei ausgeliefert zu werden.

Anne-Lise Hilty

Behörden die Angst vor einer angeblich drohenden Flüchtlingswelle. Diese ist bis heute nicht bei uns angekommen. Doch das politische Klima, aufgeheizt durch die millionenteuren Schmutzkampagnen der SVP, vernebelt uns die Sicht auf die wirkliche Dimension des Flüchtlingsproblems. Das ist beschämend und wirft ein schlechtes Licht auf die vielbeschworene humanitäre Tradition der Schweiz. Oder war Letztere etwa schon immer bloss ein Mythos?

Patrizia Bernasconi

Es vergeht kein Tag, ohne dass Entlassungen, Lohnsenkungen oder Arbeitszeitverlängerungen angekündigt werden. Trotz überhöhtem Schweizerfranken hat die Schweiz mindestens etwas mit den EU-Ländern und den USA gemeinsam: Die Kosten der „Rettungsmassnahmen“ der Banken und Kapitalbesitzer von 2008 sollen auf die breite Bevölkerung abgewälzt werden. Und kaum ist die Weltwirtschaftskrise von 2007/2008 einigermaßen überwunden, droht eine neue Krise.



Wenn wir die tieferliegenden Probleme der heutigen Entwicklungen verstehen wollen, müssen wir etwas zurückgreifen – mindestens bis zum Trendbruch der 1970er-Jahre, der strukturellen Krise des fordistischen Produktions- und Konsummodells der Zeit der Hochkonjunktur 1945 – 1975. Diese strukturelle Krise gibt den Hintergrund ab für die Herausbildung eines neuen Modells in den 1980er- und 1990er-Jahren, das neoliberale Regime, welches unsere gegenwärtigen Probleme immer noch bestimmt. Das fordistische Modell, welches durch hohe Steigerungen von Wachstum und Produktivität dank dem Einsatz von neuen Technologien, Rationalisierungen gemäss der kapitalistischen Logik der Zeitökonomie geprägt war, verfügte damit auch über einen grossen Spielraum für Reallohnsteigerungen und eine Entwicklung des Massenkonsums. Da nicht jedes Jahr ein neues Auto gekauft werden muss, verlagern sich in einer entwickelten Industriegesellschaft die Bedürfnisse hin zu qualitativen Dienstleistungen wie Bildung, Gesundheitswesen und Kultur, in denen die Möglichkeiten für eine Steigerung der Produktivität und damit der Rentabilität mittels Rationalisierungen und Zeitökonomie beschränkter sind. Mit dem Trendbruch der 1970er-Jahre sind so das Wirtschaftswachstum, die Produktivität und auch die Rentabilität in der Krise 1974 - 76 nicht nur eingebrochen, sondern haben sich längerfristig abgeschwächt. Auf dem Hintergrund der in der Krise 1974-76 entstandenen Massenarbeitslosigkeit begannen die Unternehmer die Profite deshalb auch wieder verstärkt mit Methoden zu steigern, welche Marx absolute Mehrwertsteigerung nennt, d.h. mittels Lohnrestriktion, Arbeitsintensivierung, Standortoptimierung und mit der sogenannten Akkumulation durch Enteignung, d.h. mit Privatisierungen und der Aneignung von Ressourcen wie Land, Wasser und Bodenschätzen. Damit gelang es seit Mitte der 1980er-Jahre, die Profite wieder auf ein Niveau vor dem Trendbruch der 1970er-Jahre zu bringen, vor allem auf Kosten der Lohnquote, d.h. dem Anteil der Löhne an der Wertschöpfung. Im Gegensatz zur Profitrate stieg aber die Akkumulationsquote, bzw. die Quote der Investitio-

nen in die Realwirtschaft nicht an, sondern hat sich seither eher noch abgeschwächt. Diese Schere von Profiten und Investitionen in die Realwirtschaft ist ein grundlegendes Merkmal des neoliberalen Regimes, welches sowohl das Andauern der niedrigeren Wachstumsraten als auch der Arbeitslosigkeit erklärt. Dieser Schere liegt auch der sogenannten Finanzialisierung zu Grunde, einem gewaltigen Überschuss an nicht real investierten Profiten, welcher zu den uns bekannten Erscheinungen führt: Dem Anstieg des Anteils der Dividenden der Aktionäre an den Profiten, dem Anstieg der Börsenkaptalisierung der Unternehmen und der Gewinnmöglichkeiten über Spekulation mit Wertpapieren, der Aufblähung des Finanzbereichs, der Banken und Versicherungen – in der Schweiz noch verstärkt durch die 2. Säule – und der engen Verflechtung von Finanzwirtschaft und Staat, besonders ausgeprägt in den USA, in England und in der Schweiz.

Die Umverteilung, das Wachstum über Verschuldung und die Ungleichgewichte in den Handelsbilanzen sind auch die tieferliegenden Ursachen der Weltwirtschaftskrise.

Auf diesem Hintergrund erklären sich die drei wichtigsten Folgen des neoliberalen Regimes: Es ist dies erstens die zunehmende Ungleichheit von Einkommen und Vermögen, die daraus folgende Beschränkung des Massenkonsums und die Entwicklung des Luxuskonsums. Beim Durchblättern der Sonntagszeitungen bekommen wir den Eindruck, es sei heute unser wichtigstes Problem, den besten Spitzenwein und den exquisitesten Ferienort zu finden. Dies führt uns zur zweiten Folge, zum Wachstum über Verschuldung, wenn das Wachstum über die erweiterte Reproduktion ins Stocken geraten ist. Spitzenreiter in dieser Disziplin sind ja bekanntlich die USA, welche mit dem Dollar als Leitwährung die idealen Voraussetzungen dazu hatten, sich seit der Zeit Reagans nicht nur den Konsum, sondern auch die Kosten der teuren imperialistischen Kriege von anderen finanzieren zu lassen. Natürlich kann das nur funktionieren, wenn es Länder gibt wie China und Deutschland, welche als Exportweltmeister

Überschüsse generieren, oder Länder wie die Schweiz, die aus der ganzen Welt Profite absaugen und den sich verschuldenden Staaten Kredite geben. Damit kommen wir zur dritten wichtigen Folge des neoliberalen Regimes, zu den wachsenden wirtschaftlichen Ungleichgewichten in den Handelsbilanzen z. B. zwischen den USA und China oder in Europa zwischen Ländern wie Deutschland, Österreich und der Schweiz und Ländern wie Griechenland, Portugal, Spanien oder Italien. Diese Ungleichgewichte erzeugen Probleme und Spannungen. Wichtig ist zu sehen, dass diese Länder trotz Ungleichgewichten wie Strafgefangene aneinander gekettet sind. Handelsbilanzüberschüsse können in einer Zeit beschränkten Wachstums nur gemacht werden, wenn andere mehr konsumieren als produzieren. Auch sind die Gläubigerländer an einem Crash in den Schuldnerländern nicht interessiert, weil damit die Kredite baden gehen, welche Banken und private „Investoren“ diesen Ländern geliehen haben. Trotz nationalistischem Gezeter in Deutschland sieht sich so Frau Merkel im Interesse der Banken und der Reichen gezwungen, sich an immer neuen „Rettungsmassnahmen“ zu beteiligen.

Die drei wichtigen Folgen des neoliberalen Regimes, die Umverteilung, das Wachstum über Verschuldung und die Ungleichgewichte in den Handelsbilanzen sind auch die tieferliegenden Ursachen der Weltwirtschaftskrise, wie sie 2007 offen ausgebrochen ist. Die Finanzialisierung führt dazu, dass diese Krisen als Finanzkrisen beginnen, wenn die spekulativen Blasen der überschüssenden und herumvagabundierenden Gewinne platzen. Das heisst aber nicht, dass den Krisen nicht tieferliegende realwirtschaftliche Prozesse zu Grunde liegen. Erinnert sei hier an die enorme Blase in Japan Ende der 1980er-Jahre und die darauf folgende Krise der realen Wirtschaft, von der sich dieses Land bis heute nicht richtig erholt hat, an die Asienkrise 1998, an das Platzen der „Dot.com-Blase“ der New Economy 2001, an die „Suprime-Krise“ als Auftakt der Weltwirtschaftskrise 2007/2008 und, als Vorspiel zu den heutigen Problemen, an die Spekulation mit Staatsanleihen 2008/2009 mit der Flucht aus den crashenden Aktien, welche 2009 ein Ende fand, als Papandreu in Griechenland an die Regierung kam und bekanntgab, dass sein Vorgänger das Staatdefizit

Griechenlands in grossem Stil geschönt habe und die Spekulanten deshalb in Panik gerieten. Heute hat sich die Spekulation auf Gold, Währungen und Rohstoffe verlagert, zum Beispiel auf Erdöl, dessen Verknappung durch den Libyenkrieg eine angenehme Folge für Spekulanten darstellt.

Die Weltwirtschaftskrise 2007/2008 hat die Situation der Weltwirtschaft verschärft. Einerseits brachte sie das Ende des Wachstums über Verschuldung in den USA, was auch in Japan und Europa zu einer zunehmenden Wachstumsschwäche führt. Zudem wurde das Problem der Staatsverschuldung durch die Sanierung der Banken verschärft und die Ungleichgewichte, welche die heutigen Währungskrisen verursachen, sind keineswegs behoben. Auch fehlt eine Instanz, welche die Weltwirtschaft regulieren könnte. Nicht nur die Konkurrenz, auch der Nationalismus und die staatlichen Rivalitäten nehmen zu – es herrscht die neoliberale Regulierung per Chaos.

In dieser Situation versuchen die USA, nachdem das Wachstum über Verschuldung eine Grenze erreicht hat, ihre Konkurrenzfähigkeit über ein Absenken des Dollars und eine lockere Geldpolitik zu verbessern. Es ist dies im Vergleich mit der europäischen Sparpolitik quasi der sanfte, sozialdemokratische Weg, auch wenn er für die Lohnabhängigen nicht unproblematisch ist, wenn es zu einer Inflation kommt und in einer Situation von Arbeitslosigkeit und stagnierendem Wachstum die Löhne der Teuerung nicht angepasst werden können.

Die EU scheint heute an einem Kreuzweg zu stehen. Entweder dauert die Führungslosigkeit an, bei der sich der Konsens auf Sparpolitik beschränkt, was zu einem

Scheitern der Währungsunion, einem Ausstieg von Ländern aus dem Euro und zu Staatsbankrotten führen kann. Oder die EU entwickelt sich – durchaus unter dem Zwang der Verhältnisse – zu einer gestärkten Union weiter, in der Transferzahlungen, ein solidarisches Management der Schulden und die Einführung von Transaktionssteuern zur Beschränkung der Spekulation durchgesetzt werden können.

Die Schweiz hat mit der Spekulation mit dem Franken, an dem die eigenen Grossbanken im grossen Stil beteiligt sind, die Quittung für ihre nationalistische und un-solidarische, rein auf die Interessen des Finanzplatzes ausgerichtete Politik erhalten. Für einige Zeit könnte es, wie in der Krise der 1930er-Jahre, mit der Rosinenpickerei vorbei sein. Da der überbewertete Franken der realen Wirtschaft schadet und Arbeitsplätze verloren gehen, muss die Nationalbank ein Wechselkursziel festlegen und dieses auch wirklich durchsetzen. Auch eine Erleichterung der Kurzarbeit für Betriebe, welche in Schwierigkeiten kommen, ist sinnvoll. Die Verteilung von Subventionen hingegen dürfte, wie in den 1930er-Jahren, wenig wirksam sein, sondern vorab dazu dienen, die bürgerliche Klientele in einer zunehmend schwierigen Situation bei Laune zu halten, während die Folgen der Krise auf die Lohnabhängigen abgewälzt werden.

Zum Abschluss seien noch vier Grundsätze einer Alternative in der heutigen Situation formuliert. Wichtig sind sicher der konsequente Kampf gegen eine Sparpolitik, gegen Steuerenkungen für Reiche und Unternehmen und der Kampf für eine negative Einkommenssteuer und existenzsichernde Mindestlöhne. Zweitens sind ein solidarisches Management der Schulden der hochverschuldeten Staaten mit einer Gläubigerbeteiligung und der konsequente Kampf gegen alle nationalistischen Tendenzen von grosser Bedeutung. Es ist ja interessant, dass Leute wie Beat Kappeler, die EU-Fans waren, als wir den Maastricht-Vertrag ablehnten, heute zu destruktiven Nationalisten geworden sind. Drittens braucht es eine neue Steuerpolitik, eine Besteuerung von Gewinnen: Transaktionssteuern, Kapital- und Gewinnsteuern und radikale Massnahmen gegen die Spekulation. Mit diesen Geldern kann nicht nur der Staatshaushalt saniert werden, sondern es kann viertens auch ein Fonds geüffnet werden für Investitionen in soziale Bereiche und den ökologischen Umbau, die für private Investoren zu wenig Gewinn abwerfen. Keynes hat auf Grund seiner Erfahrungen in den 30er-Jahren gemeint, nichts untergrabe die Fundamente einer demokratischen Gesellschaft mehr als die Währungsmanipulationen und die Spekulation mit Währungen. Er hat die Dimensionen der heutigen Umverteilung nicht gekannt, sonst hätte er diese wohl an erster Stelle erwähnt.

Hans Schöpfi



Eine durchaus mehrheitsfähige Möglichkeit, das Wahlrecht wahrzunehmen. Die Alternative wäre Liste 8, Grünes Bündnis, zwar nicht mehrheitsfähig, dafür minderheitengerecht. Foto: Maya Heuschmann

BastA! lehnt das Wohnraumfördergesetz in der jetzt vorliegenden Form ab und ist von der Strategie zur Wohnraumentwicklung enttäuscht.

BastA! ist mit den Grundannahmen und Zielsetzungen von Strategie und Gesetz nicht einverstanden. Die Aussage, es gehe um „Wohnen für alle“, entpuppt sich als eine vage Floskel. Zwar teilen wir die Auffassung, dass es in Basel mehr Wohnungen braucht. Mehr Wohnungen sind nötig, um das von der Wirtschaft und der Gesellschaft gewünschte zuwanderungsbedingte Bevölkerungswachstum aufzufangen. Nicht einig ist BastA! hingegen mit den Vorschlägen, wo und wie dies geschehen soll. Die in der Strategie formulierte Wohnpolitik des Kantons beschränkt sich weitgehend darauf, gute Rahmenbedingungen für private Investoren zu schaffen. Gefördert werden so vor allem Wohnungen für gut Verdienende. Eine aktive Rolle der öffentlichen Hand im Bereich gemeinnütziger respektive sozialer Wohnungsbau ist nicht vorgesehen. Zudem fehlen Überlegungen, wie mit einer der Hauptursachen der steigenden Wohnungsnachfrage, dem konstant zunehmenden Wohnflächenverbrauch, umgegangen werden soll. Von einer rot-grün dominierten Regierung erwarten wir eine differenziertere Wohnbaustrategie, die wirklich allen Bevölkerungsgruppen und -schichten gerecht wird. Deshalb sind wir der Meinung, dass das Gesetz zur vollständigen Überarbeitung zurückgewiesen werden muss.

Medienmitteilung vom 9. August 2011



Fahriye Usta und Martin Flückiger überbringen den Demonstrantinnen und Demonstranten vor dem Gerichtsgebäude in Istanbul die solidarischen Grüsse von BastA! (siehe Artikel Seite 5). Foto: Anne-Lise Hilty